Die Verwaltung berichtet über die aktuelle Entwicklung der Corona-Krise in Meckenheim.

Seit März hat die Verwaltung einen Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) eingesetzt, der seit dem regelmäßig tagt. Dieser Stab koordiniert alle Aufgaben, die im Rahmen der Pandemie anstehen. Die Stadt ist als örtliche Ordnungsbehörde nach dem Infektionsschutzgesetz zuständig.

Der Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung wird personell durch Mitarbeitende aus anderen Fachbereichen verstärkt. Der Ordnungsaußendienst, der entsprechende Kontrollen der Kontaktbeschränkungen, Schließung der Freizeitanlagen etc. durchführt, wird durch städtische Außendienstmitarbeiter, Kollegen des Baubetriebshofes, des Hallenbades, der Kindertageseinrichtungen sowie der Offenen Kinder- und Jugendarbeit unterstützt. Ordnungsbehördlich tätig werden aber nur die originären Kollegen des Ordnungsamtes. Die zusätzlichen Mitarbeitenden begleiten, beobachten und dokumentieren die Kontrollen im Stadtgebiet. Dafür ist lediglich eine Einweisung erforderlich und keine spezielle Ausbildung.

Neben den Kontrollen im Stadtgebiet obliegt dem Ordnungsamt auch die Verteilung der Ordnungsverfügungen an infizierte Personen, Kontaktpersonen und Verdachtsfälle. Der Ordnungsaußendienst berichtet täglich über die aktuelle Situation im Stadtgebiet. Zur „Entzerrung“ der Mitarbeiter läuft dort ein Schichtdienst.

An den Schulen läuft der Betrieb für die Abschlussklassen wieder an. In der Geschwister-Scholl-Hauptschule und der Theodor-Heuss-Realschule sind insgesamt 125 Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse im Unterricht. Am Konrad-Adenauer-Gymnasium sind ca. 100 Abiturienten zur Vorbereitung auf die Abiturprüfungen am Campus. Im Rahmen der Notbetreuung sind 23 Kinder an den Schulen angemeldet.

Bei der Kindertagesbetreuung war zu Beginn der Corona-Krise eine geringe Nachfrage zu verzeichnen. Auf Grund der Ausweitung der Notbetreuung ist die Nachfrage gestiegen, so dass zunächst 50 Kinder betreut werden und ein weiterer Bedarf entsteht, wenn die Ausweitung für alleinerziehende Personen folgt. Problematisch vor dem Hintergrund weiterer Öffnungen ist, dass ca. 20 % des Personals zu den Risikogruppen zählt und anderweitig eingesetzt werden muss.

In finanzieller Hinsicht ist auf Grund der Corona-Krise mit erheblichen Einbußen für die Stadt zu rechnen. Fehlende Einnahmen entstehen durch die Schließung des Hallenbades, Absage von Veranstaltungen, Aussetzung der Sondernutzungsgebühren und KiTa-Beiträge. Auch die Gewerbesteuererinnahmen werden durch Kurzarbeit und mögliche Schließungen von Betrieben geringer ausfallen.

Zusätzliche Kosten im IT-Bereich durch die Ausweitung des Homeoffice, Anschaffung von Hardware sowie zusätzlicher Schutzausrüstungen sind zu verzeichnen. Diese außerordentlichen Aufwendungen sind auf Grund der Corona-Krise unabweisbar.

Diese Corona-bedingten Kosten und Mindereinnahmen sind separat auszuweisen und sollen als außerordentliches Ergebnis über die nächsten 50 Jahre in die Abschreibung einfließen.

Ergänzende Fragen der Ratsmitglieder zum Schulbetrieb und Hygieneausstattungen, zur Situation in den Flüchtlingsunterkünften und Seniorenheimen werden von der Verwaltung beantwortet.

Zum Abschluss dankt der Bürgermeister allen Bürgerinnen und Bürgern für das besonnene Verhalten in dieser Krisensituation und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung für deren besonderes Engagement.